

Das Erneuerbare-Energie-Gesetz (EEG): Haben wir fertig? ¹

1.1. RWE – Das Prinzip

Am 25. April 1998 wurde in Essen ein Unternehmen mit dem Namen Rheinisch Westfälisches Elektrizitätswerk AG (RWE) gegründet. Obwohl es im Jahre 1902 nur über 1,5 Megawatt (MW) Leistung verfügte war es bereits ein Monopol. Es gehörte Hugo Stinnes. Das Wort „Monopol“ ist auch im Geschäftsbericht von 1902/1903 zu lesen:

"Wir betrachten es ... nicht als unsere Aufgabe, unter Ausnutzung unserer Monopolstellung ... bei geringem Stromabsatz große Gewinne zu machen, sondern wir gedenken dadurch unsere Aufgabe ... zu erfüllen, daß wir den Konsumenten, insbesondere ... der Industrie, zu denkbar billigsten Preisen größtmögliche Strommengen zu Verfügung stellen." ²

Die Hauptaufgabe eines Monopols ist es also, einen Teil der Konsumenten mit denkbar billigsten Preisen zu unterstützen. Aber nicht aus Nächstenliebe, denn

"...infolge rationeller Ausnutzung unserer Kraftstationen und des Kabelnetzes werden wir dann auf die Dauer bei ermäßigten Selbstkosten unsere Rechnung finden." ³

Wovon der Geschäftsbericht nicht mehr berichtet, ergibt sich aus zwingender Logik: Der andere Teil der Konsumenten – damit sind wir, der übergroße Teil der Bevölkerung gemeint – ist es, der für den privilegierten Teil, nämlich "die Industrie", bezahlt. Mehr noch als "unter Ausnutzung unserer Monopolstellung ... bei geringem Stromabsatz große Gewinne zu machen", sind es die Extrazahlungen der Mehrheit der Konsumenten, die zu Extraprofiten der Monopole bzw. monopolistisch wirtschaftenden großen Unternehmen werden.

"Mit der Konzentration und Zentralisation des Kapitals bildeten sich produktions- und marktbeherrschende Unternehmen. Damit wurden die Grundlagen gelegt für die Herausbildung des **Monopols als gesellschaftliches Machtverhältnis und bestimmendes Produktions- und Eigentumsverhältnis**. Die Monopole nahmen zunehmend Einfluss auf die Gestaltung politischer Verhältnisse. Es entstand der monopolistische Kapitalismus als ökonomischer Kern des Imperialismus." ⁴

Dieses grundlegende Prinzip der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die Profitrealisierung unter aktiver Einbeziehung des Staates zu organisieren, ist bis auf den heutigen Tag in den Strompreisen wieder zu erkennen. Im Jahre 2013 betrug der durchschnittliche Haushaltsstrompreis für Kleinverbraucher 28,8 ct/kWh. Der Preis für Größtverbraucher hingegen betrug nur 5 ct/kWh! Im Jahre 2013 betrug der Steueranteil allein für das Energie-Einspeise-Gesetz (EEG) 5,3 ct/kWh (steigt in 2014 auf 6,24 ct/kWh). Von den vielen anderen Steuern mit denen die Kleinverbraucher beim Strom zur Kasse gebeten werden, ist dieser eine Steueranteil nur für das EEG, schon höher als der gesamte Strompreis, den Größtverbraucher entrichten (5 ct/kWh).

¹ Wolfgang Reinicke-Abel, *Wir haben fertig – Wie der Kapitalismus die Erde erledigt*, Köln, 01. Februar 2014

² Lutz Mez, Rainer Osnowski, *RWE, Ein Riese mit Ausstrahlung*, Kiepenheuer & Witsch 1996, S.12

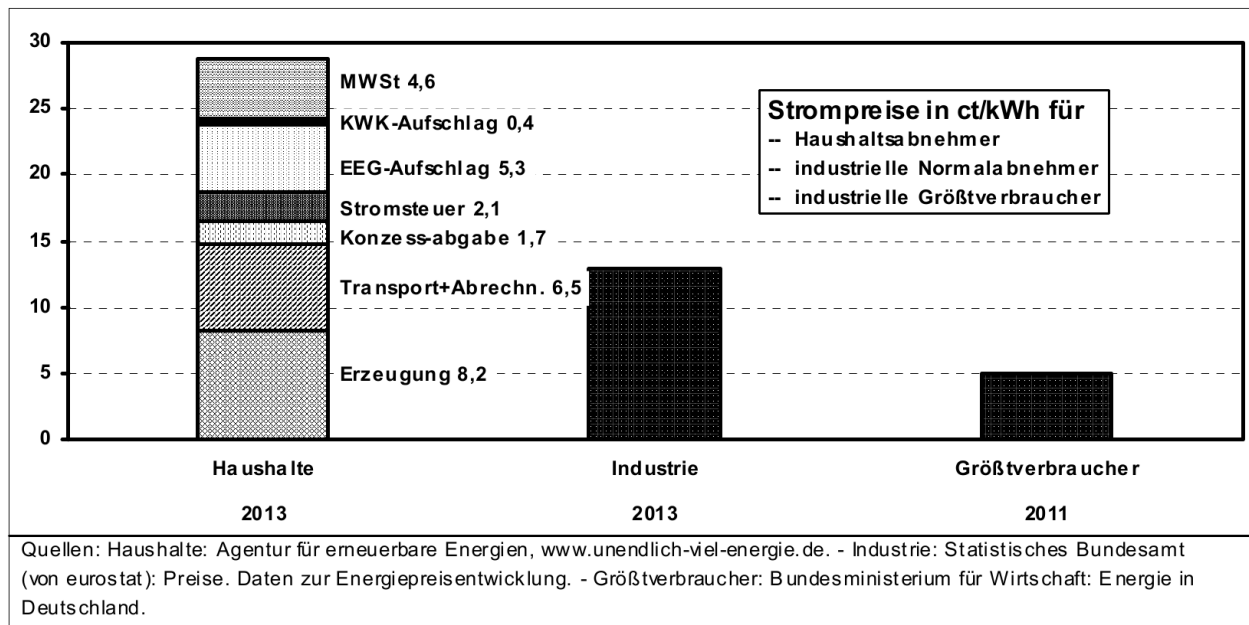
³ ebenda

⁴ Programm der DKP S. 3

Diagramm: Der Anteil der EEG-Zulage am Strompreis ⁵

Industrielle Strompreise und gesellschaftliche Subvention

Ich konzentriere mich im Folgenden auf die Strompreise und Stromkosten – dem mit Abstand größten Energiekostenblock in der Industrie).



1.2. Macht über die Köpfe

Anfang der 1970er Jahre kam es mit dem Ende des Nachkriegsbooms zu einer nachhaltigen Verschlechterung der Verwertungsbedingungen. Der Neoliberalismus antwortete darauf mit der US-staatlich gestützten Zerstörung der bürgerlichen Demokratie in Chile. Eine gewalttätige Form des Monopolkapitalismus wurde wieder-geboren.

Die Ölpreiskrise 1974/75 wurde von den *market-makers* inszeniert und – um neue Anlagemöglichkeiten zu erschließen – entsprechend genutzt. Diese grundlegenden ökonomischen Vorgänge wurden u.a. mit Hinweis auf „natürliche“ Vorgänge wie beispielsweise „die Endlichkeit der Ausbeutung der bekannten Energiequellen“ übertüncht. Die Idee der Nutzung der unerschöpflichen Wind- und Sonnenenergie wurde (wieder-)geboren, in den Medien ideologisch breitgetreten und flugs gründeten sich sogar Parteien, die davon ihre Existenzberechtigung ableiteten.

Der begleitende politische Vorgang brachte seitdem verstärkte staatliche und supranationale Steuerung. Heute heißt es in „POWER Mag“⁶:

„Wie in vorausgegangenen Jahren sind [Kohleausstieg, Verminderung der Kohleabhängigkeit (decarbonization; kohlenstoffarme Technologien)] und Verminderung der Nuklear-Kapazität die verbindenden Hauptlinien der Europäischen Politik und Energiepolitik. Die neue Politik wird voraussichtlich die Art und Weise zu Forschung und Entwicklung der Alternativen Energien ändern. Das **gegenwärtige System der Unterstützung strategischer Energietechnologien** („strategic energy technologies“ (the “SET-plan”)) half, die **Kosten für Sonnenenergie und Biotreibstoffe aus Zellulose zu senken** aber verfehlte die Einführung der CO₂-Abscheidung und Speicherung. 2014 wird es hierzu einen neuen Unterstützungsmechanismus (“Horizon 2020”) geben.“⁷

⁵ [ISW-Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung, subvention-strom-fg-20131201.pdf](#)

⁶ Zeitschrift der US-amerikanischen Energiewirtschaft Nr. ? Jahrgang ? Eigene Hervorhebungen Charles Butcher in "Europe Faces Capacity and Cost Challenges in 2014" 01/01/2014 <http://www.powermag.com/europe-faces-capacity-and-cost-challenges-in-2014/?printmode=1>

⁷ Ebenda

In der selben Zeitschrift werden die Verhältnisse ungeschminkt dargestellt:

„...die Energiewende könnte bis 2040 eine Billion Euro kosten. [...] Für [die] verteilte Energie-gewinnung werden erhebliche Investitionen in die Leitungsnetze nötig ...

...Aufgesplitterte Netzverwaltung und beträchtlicher Bürgerprotest (considerable public opposition) werden die Aufgabe erschweren.“⁸

Die Nutzbarmachung der Regenerativen Energien unter der Herrschaft des Monopol-kapitals erfordert „erhebliche Investitionen“, die nur große Organisationen mit vor- und nachgeschalteten Banken aufbringen können. Ihre Großtechnologie wie auch ihre vergesellschaftete Finanzierung wird, wie es unsere Erfahrung immer wieder lehrte, auf „beträchtlichen Bürgerprotest“ stoßen. Sie nehmen es wissend in Kauf und haben ihre Strategien dagegen bereits entwickelt. Dabei ist der Demokratieabbau schon einkalkuliert.

Dazu Bundeskanzlerin Angela Merkel: "Wir leben ja in einer Demokratie und das ist eine parlamentarische Demokratie und deshalb ist das Budgetrecht ein Kernrecht des Parlaments und insofern werden wir Wege finden, wie die **parlamentarische Mitbestimmung** so gestaltet wird, dass sie **trotzdem auch marktkonform** ist"⁹

Frau Merkel hat hier ihre Richtlinienkompetenz dokumentiert. Ob sie auch irgendwo einmal die Kräfte benannt hat, mit denen angeblich „Mitbestimmung“ möglich ist?

Der Menschheitsidee, die regenerativen Energiequellen Wind und Sonne nutzbar zu machen, kann sich niemand verschließen. Aber kommt der Nutzen auch der "Menschheit" – allen Menschen gleich – zugute? Das Energie-Einspeise-Gesetz (EEG) zeigt, dass dies nicht der Fall ist.



⁸ ebenda

⁹ Angela Merkel im *Deutschlandradio* am 01 September 2011, Eigene Hervorhebungen

1.3. Der Erfolg der Erneuerbaren Energien

„Die Strommenge aus erneuerbaren Energiequellen ist seit Einführung des EEG im Jahr 2000 um das 10-fache im Jahr 2011 gestiegen – dem aktuellen bilanzierten Jahr (Stand Dez. 2012).“¹⁰

Es "wird mit Wind, Wasserkraft, Solarenergie und Biogas bereits [2012] ein Viertel des deutschen Stroms erzeugt. Von einem derart hohen Anteil hätte vor fünf Jahren niemand zu träumen gewagt."¹¹

Das nachfolgende Diagramm zeigt den Zubau an Erneuerbaren Energien im Verlauf der Jahre.

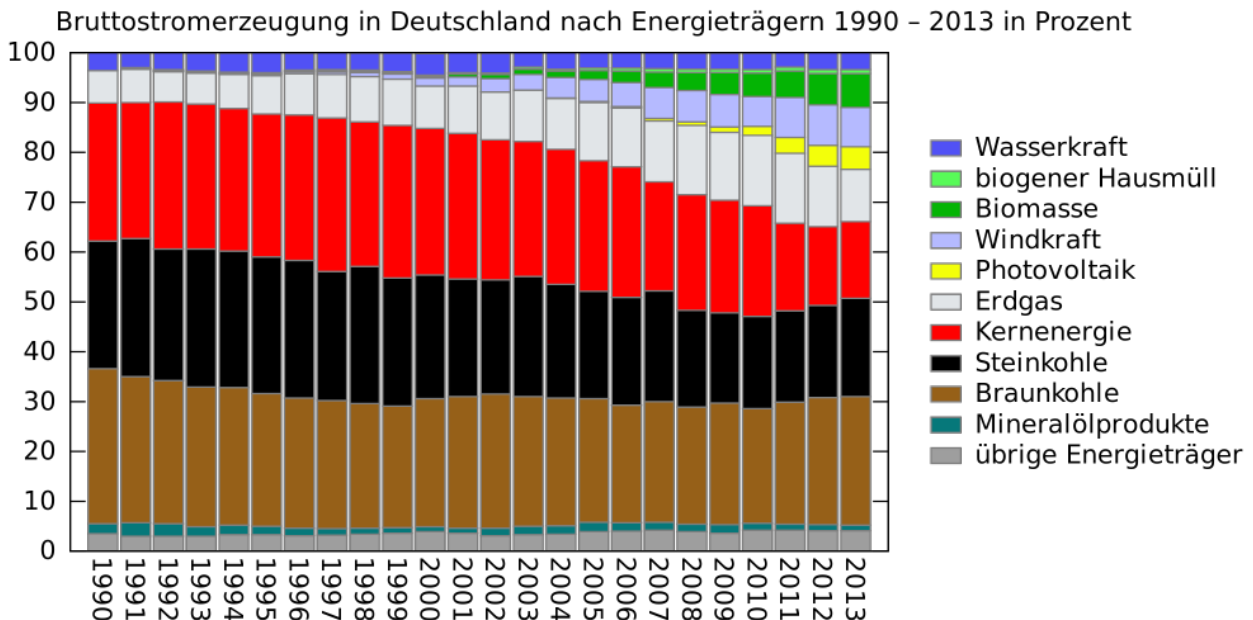


Diagramm **Entwicklung des Strommixes in Deutschland zwischen 1990 und 2013**¹²

Das EEG war schon vor der Großen Koalition im Sinne des Großkapitals. Außerdem war man sich im Sinne einer Gesellschaftssteuerung über die Größenordnung der Energiewende im Klaren. Kostengründe konnten also kaum eine Rolle gespielt haben.

"Im Februar 2013 traf Umweltminister Peter Altmaier auf Unglauben und Kopfschütteln, als er andeutete, die Energiewende könnte bis 2040 eine Billion Euro kosten. Das ist immer noch niedriger als die geschätzten Kosten der deutschen Wiedervereinigung in den 90iger Jahren – manche mögen sagen ein weiteres verrücktes Vorhaben, das nichtsdestotrotz durchzuführen ist. Natürlich, Deutschlands "big four", allen geht es gut mit erneuerbaren Energie[quellen]. 'Erneuerbare sind eine Hauptstütze unserer Einnahmen' "¹³

Nach Einschätzung der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat die deutsche Industrie von der Energiewende profitiert; eine wettbewerbliche Benachteiligung sei aufgrund der unter-durchschnittlichen Entwicklung nicht ohne weiteres erkennbar. Diese Einschätzung wird von weiteren Gutachten gestützt.¹⁴ Mechanismen aus dem EEG, „als gängigstes Instrument die Einspeisevergütung“¹⁵, sind daher von zahlreichen Staaten weltweit übernommen worden.

¹⁰ <http://de.wikipedia.org/wiki/Erneuerbare-Energien-Gesetz> , 28. April 2014 um 15:04

¹¹ *Kölner Stadt Anzeiger*, 01.08.2012

¹² http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/c/c9/Energiemix_Deutschland.svg/2000px-Energiemix_Deutschland.svg.png

¹³ Dr. Johannes Teysen, Vorstandsmitglied der E.ON AG zitiert in Charles Butcher in "Europe Faces Capacity and Cost Challenges in 2014" 01/01/2014 Seite ?. Eigene Rückübersetzung.
<http://www.powermag.com/europe-faces-capacity-and-cost-challenges-in-2014/?printmode=1>

¹⁴ <http://de.wikipedia.org/wiki/Erneuerbare-Energien-Gesetz>, 28. April 2014 um 15:04 Uhr

¹⁵ http://de.wikipedia.org/wiki/Erneuerbare-Energien-Gesetz#Sonderregelungen_f.C3.BCr_stromintensive_Unternehmen , 28. April 2014 um 15:04 Uhr

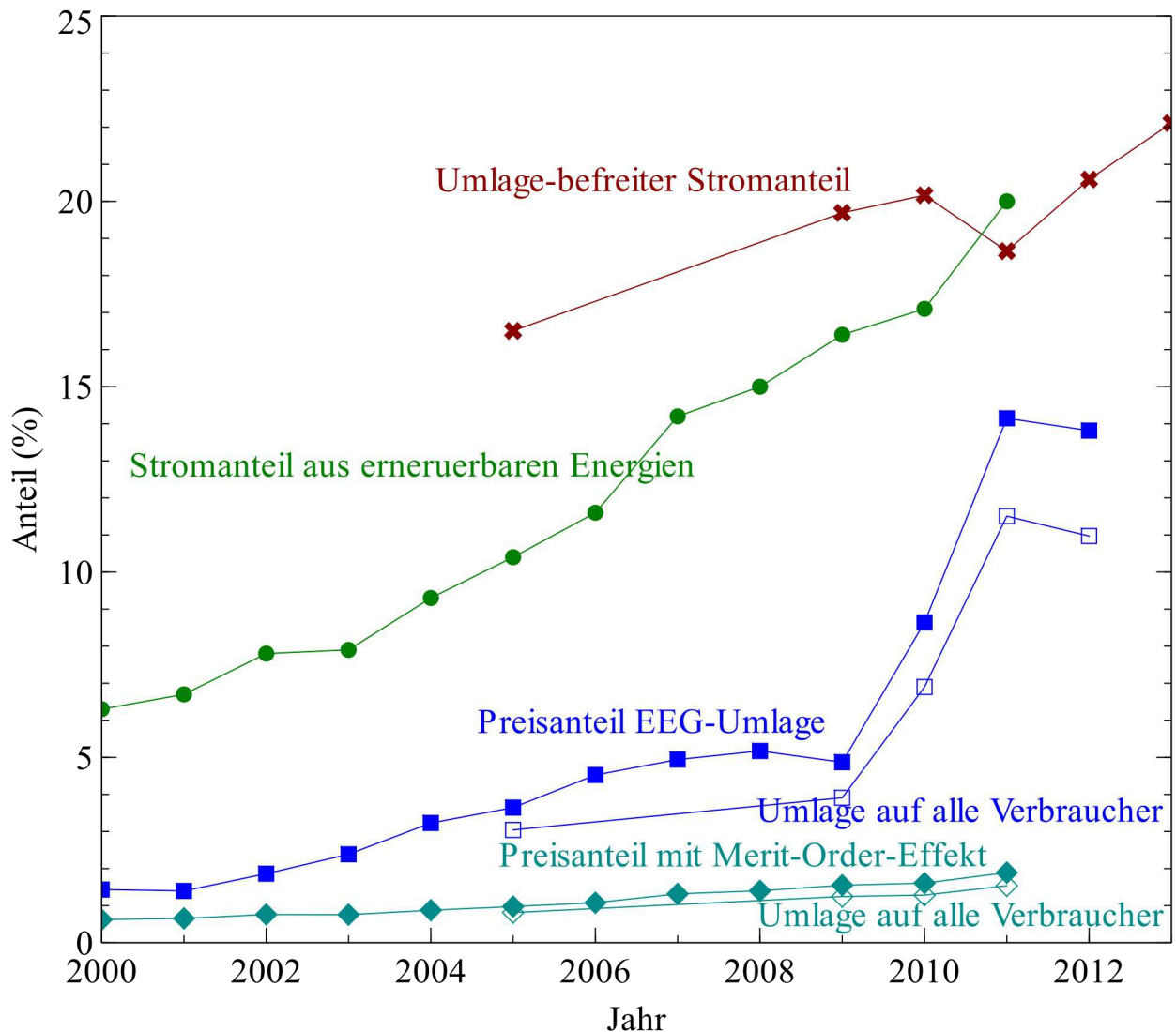


Diagramm Anteil der EEG-Umlage am Strompreis für Privathaushalte. ¹⁶

Neben dem Anteil der reinen Umlage (gefüllte Quadrate) und dem Anteil unter Berücksichtigung des Merit-Order-Effekts (gefüllte Karos) ist auch der Anteil dargestellt, der sich ergäbe, wenn die EEG-Umlage für alle Verbraucher gälte (offene Symbole). Seit dem Jahr 2010 gilt eine geänderte Berechnungsgrundlage. Als Vergleich sind der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung (Kreise) und der Anteil des Stromverbrauchs aufgeführt, auf den keine EEG-Umlage (unternehmenseigene Erzeugung) oder nur eine Umlage von 0,05 ct/kWh (privilegierte Unternehmen) anfällt (Kreuze). ¹⁷

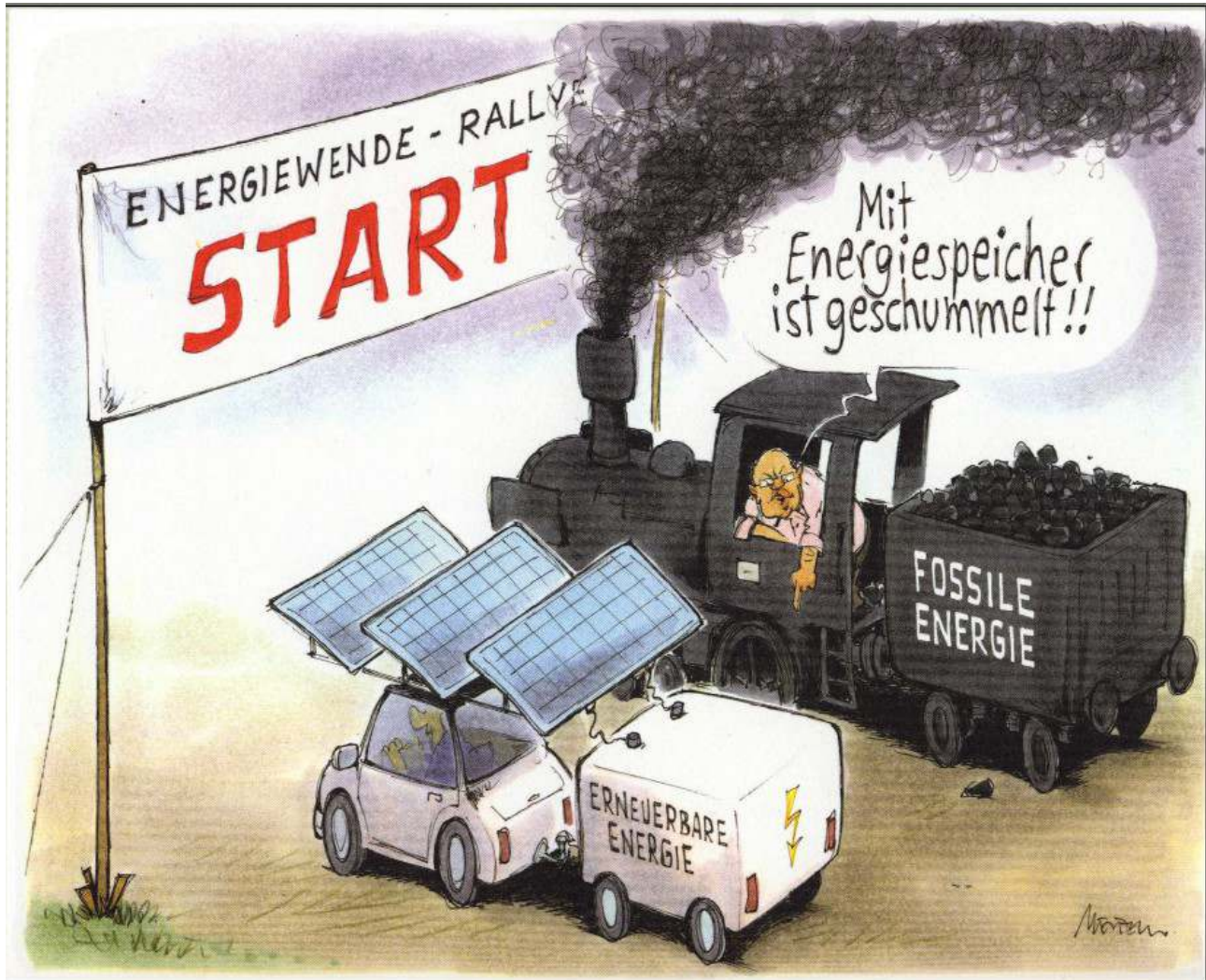
Trotz der systematischen Benachteiligung der Erneuerbaren Energien im Rahmen desjenigen EEG, welches vor der großen Koalition galt, kam es dennoch zu unvorhergesehenen Wirkungen:

Eine Studie der WestLB von 2010 kommt zu dem Schluss, dass neue Kohlekraftwerke unter den neuen Bedingungen des Emissionshandels und des Ausbaus der Erneuerbaren Energien nur noch selten wirtschaftlich rentabel sind: „Unter den heutigen Rahmenbedingungen am deutschen Strommarkt rechnen sich Investitionen in fossile Großkraftwerke oft nicht mehr. (...) Ein Ausbau der Erneuerbaren Energien hat eine Strompreis senkende Wirkung an der Strombörse. Dies führt zu

¹⁶ http://de.wikipedia.org/wiki/Erneuerbare-Energien-Gesetz#Direkte_Kosten_der_EEG-Umlage_.28Differenzkosten.29

¹⁷ <http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:EEG-Umlage.svg&filetimestamp=20120403195439&>

einer Verschlechterung der Rendite von allen Kraftwerken, die sich am Strommarkt behaupten müssen. (...) Die vermehrte Investition der großen Stromversorger in Erneuerbare Energien ist (...) als wirtschaftlich richtiger Schritt zu werten.“¹⁸ Diese Wirkungen waren im Sinne der monopolkapitalistischen Steuerung des Markt- und Gesellschaftsgeschehens um die Wahrung der Monopolinteressen zu garantieren. Trotz oder gerade wegen des nachweislichen volks-wirtschaftlichen Erfolges.

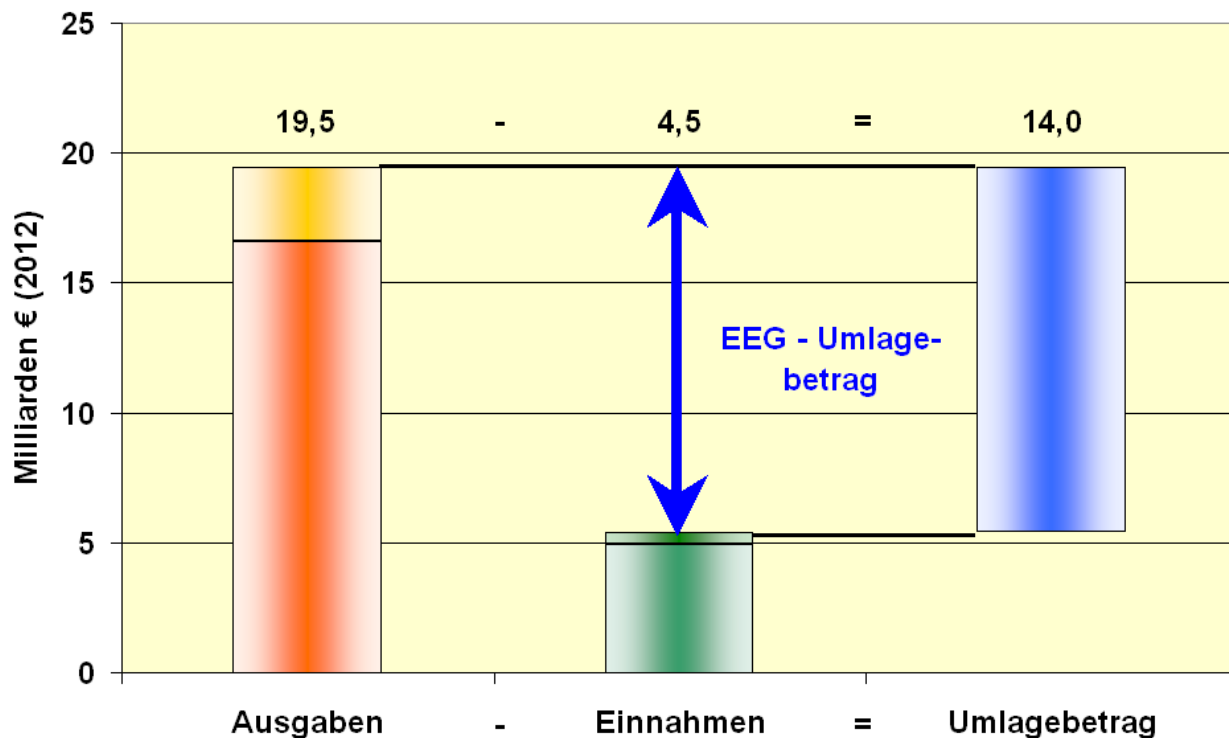


1.4.1. Mechanismen der Preistreiberei: Zusammenspiel von Monopol und Staat

Diagramm Der EEG – Umlagemechanismus¹⁹

¹⁸ <http://www.climate-mainstreaming.net/co2strom> Zitiert in: <http://de.wikipedia.org/wiki/Dena-Netzstudie>

¹⁹ <http://de.wikipedia.org/wiki/Erneuerbare-Energien-Gesetz>
http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/b/ba/EEG_Umlagemechanismus.png



EEG-Umlagebetrag = Differenz aus Ausgaben und Einnahmen bei der Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen durch das EEG,[2] Zahlen für 2012[31]

Die Konstruktion des EEG ist einfach. Bevor die Große Koalition die Energiewende abwürgte, erhielten Solar-, Windkraft- und Biomasseanlagenbesitzer auf 20 Jahre garantiert feste Preise für den von ihnen erzeugten Strom. Weil es eine Technologie in den Kinderschuhen war, waren diese Preise höher als die Preise an der Strombörse. Für das fehlende Geld zwischen dem für den alternativen Strom bezahlten Preis und dem Börsenpreis kommen über die Erneuerbare-Energien-Umlage die Kleinverbraucher auf. Auf sie wird in zunehmendem Maße die Steuerlast zur Markteinführung der Erneuerbaren Energien übergewälzt. Das EEG wurde 2010 verabschiedet und hatte von Anfang an schon bezeichnende Geburtsfehler. Es fügt sich insbesondere mittels der Ausnahmeregelungen lückenlos in den bestehenden Subventionsdschungel ein. Die nachfolgenden Beispiele zu den eingeräumten Steuerausnahmen verdeutlichen die systematische Vorbereitung der Demagogie von der zu teuren Energiewende: „... Monitor-Text darf weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden... !!!

– Beitrag: Heimliches Geschenk: Regierung entlastet Industrie bei den Stromkosten Berlin im Sommer 2011.

Hinter verschlossenen Türen wird in den Bundesministerien klammheimlich ein Milliarden Geschenk an die Industrie verteilt. Die Firmen werden in Zukunft jährlich 1,4 Milliarden Euro weniger Stromkosten zahlen. Geld, das unter anderem für den Ausbau erneuerbarer Energien bestimmt war. Der Clou: Diese Summe soll auf alle anderen Verbraucher umgelegt werden.“²⁰

Sonderregelungen und Befreiungen von der EEG-Umlage

Jahr	Anzahl Unternehmen	Subventionsbegünstigung [Mrd. €]	Quelle
Anfang	59	0,02	Monitor 27.10.11
2010		2,3	http://www.zeit.de/wirtschaft/2013-10/umweltbundesamt-subventionen , 17. Oktober 2013 16:42

²⁰ Monitor 27.10.2011 in: <http://www.wdr.de/tv/monitor/sendungen/2011/1027/pdf/stromkosten.pdf>

Jahr	Anzahl Unternehmen	Subventionsbegünstigung [Mrd. €]	Quelle
			Uhr
2011	592	2,2	Monitor 27.10.11
2012	1523	3,1	Monitor 27.10.11
2012		2,5	http://de.wikipedia.org/wiki/Erneuerbare-Energien-Gesetz#Sonderregelungen_f.C3.BCr_stromintensive_Unternehmen , 28. April 2014 um 15:04 Uhr
2013	1691	4	http://de.wikipedia.org/wiki/Erneuerbare-Energien-Gesetz#Sonderregelungen_f.C3.BCr_stromintensive_Unternehmen , 28. April 2014 um 15:04 Uhr
2014	2098	> 5	Junge Welt 15./16.02.14

"Allein diese Ausnahmen machten [2013] 0,5 Cent des aktuellen Anstiegs der EEG-Umlage aus, ihr Anteil sei damit genauso groß wie Mehrkosten bei der Solarenergie, sagte Merkel. «Diesen Teil müssen wir uns noch einmal anschauen, ob das jetzt eigentlich richtig war, dass wir so viele Unternehmen herausgenommen haben. Denn es sind jetzt mehr als die, die im internationalen Wettbewerb stehen.» Wenn deshalb alle anderen einen höheren Strompreis zahlten, werde es schwierig." ²¹

²¹ Kölner Stadt-Anzeiger 16.10. 2013



Die Ungerechtigkeiten sind so groß, dass von der Bundesnetzagentur bis hin zur Bundeskanzlerin Merkel der Eindruck erweckt werden muss, dass es nicht ihre Politik ist, die die Stromkosten für die kleinen Verbraucher hochtreibt. Mit der Großen Koalition 2014 macht Sigmar Gabriel trotz dieser „Bedenken“ munter weiter.

1.4.2. Die Konstruktion des EEG ist einfach – ungerecht im Detail

„Der jüngste Anstieg der EEG-Umlage ist nicht auf die steigenden Förderkosten, sondern auf verzerrende Effekte zurückzuführen. So sanken im Zuge der Wirtschaftskrise und des Merit-Order-Effekts [Verdrängung teurerer Kraftwerke] die Strompreise an der Börse, sodass die Differenz zu den fixen Einspeisetarifen größer wurde und damit einhergehend die Förderkosten scheinbar stiegen. Zudem ist der Anstieg der EEG-Umlage auf eine Änderung bei der Berechnungsgrundlage zurückzuführen (Einführung der Liquiditätsreserve, Einführung der Marktprämie, Ausweitung der Ausnahmetatbestände für Industrie, Einberechnung bislang gesondert ausgewiesener Netzentgelte). Ohne diese Modifikation wäre die EEG-Umlage beispielsweise im Jahr 2011 gesunken statt gestiegen. Dieser Befund wurde von mehreren Studien, welche die Zusammensetzung der EEG-Umlage aufschlüsseln, übereinstimmend bestätigt.

Aufgrund der zahlreichen verzerrenden Effekte gilt die EEG-Umlage nicht als stichhaltiger Indikator für die Kosten der erneuerbaren Energien. Das Öko-Institut gab daher den Energiewende-Kosten-Index (EKX) heraus, der die EEG-Umlage um die verzerrenden Effekte bereinigen soll und im Gegenzug weitere Kostenfaktoren (wie beispielsweise die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung) miteinbezieht. Demnach beruhe der Zuwachs der Stromkosten zwischen

2003 und 2012 zu über 50 % auf höheren Brennstoffpreisen und industriepolitischen Umverteilungseffekten.“²²

Die Höhe der EEG-Umlage ist also beeinflusst

- von der teilweisen Befreiung energieintensiver Unternehmen
- von der Marktprämie
- von der Wirtschaftskrise
- von gesunkenen Steinkohlepreisen wgn. Ausfalls der US-Nachfrage (Schiefergas)
- vom Merit-Order-Effekt (Verdrängung teurer produzierender Kraftwerke) und nicht zuletzt
- vom Erfolg des EEG.

Der jüngste Anstieg der EEG-Umlage ist nicht auf die steigenden Förderkosten, sondern auf verzerrende Effekte zurückzuführen. So sanken die Strompreise an der Börse, sodass die Differenz zu den fixen Einspeisetarifen größer wurde und damit einhergehend die Förderkosten scheinbar stiegen.

Das Öko-Institut erwartet daher für 2014 sinkende Haushaltsstrompreise aufgrund des Merit-Order-Effekts – **trotz rechnerisch steigender Umlage für erneuerbare Energien**, da diese als Differenz zu den sinkenden Börsenstrompreisen gemessen wird. „Die Ergebnisse zeigen, dass allein der Blick auf die EEG-Umlage nicht ausreicht, um die entscheidende Frage zu beantworten: Wie wirkt sich die Förderung erneuerbarer Energien auf die Kosten der Stromversorgung aus?“, so das Institut. **Die Summe aus Börsenstrompreis und EEG-Umlage bilde nach seinen Analysen einen weitaus besseren Indikator für die Bewertung der Strompreisentwicklung. Die Weitergabe dieser fallenden Systemkosten an die Kunden erweise sich damit als eine der wesentlichen, aber politisch weitgehend ignorierten Herausforderungen.**“²³

2. Der Kampf um das Profitpotential der Energiewende

2.1. Strategische Reserven“ und Kapazitätsmärkte

Überkapazitäten ...

„Auf dem Hintergrund der Auseinandersetzungen über die Atomkraft hat das Einspeisesystem – wie im Stromeinspeisungsgesetz von 1991 festgelegt – die Versorgungsunternehmen verpflichtet, Wind- Solar- und Biomasseenergien anzukaufen, die Kosten an die Verbraucher weiterzuleiten und damit ein gewaltiges Wachstum der Erneuerbaren Energien anheizten. Während Großbritannien versucht die Lichter nicht ausgehen zu lassen, haben **deutsche Stromerzeuger typischerweise mehr die Probleme des übrigen Europas im Kampf mit Überkapazitäten und engen oder negativen Gewinnmargen für Gaskraftwerke.** ... Diese Abschaltungen werden sich in 2014 fortsetzen. 'Viele unserer Kraftwerke sind jetzt in den roten Zahlen', sagte Chief Financial Officer (CFO) Bernhard Günther (RWE): 'Das ist seit Jahrzehnten die tiefste Krise (greatest crisis), der unsere Industrie jetzt ausgesetzt ist.'“²⁴

... und festhalten an den Überkapazitäten

In „Die Neuen deckeln, die Alten hofieren“ kommt Jürgen Döschner, WDR-Wirtschaftsredaktion (WDR 02.12.13 09:47) zu folgenden Einschätzungen des Koalitionsvertrages bezüglich der Energiewende:

„Verschärfend kommt hinzu, dass ein Korridor – anders als ein Mindestziel – zugleich eine Höchstmarke, also einen Deckel für den Ausbau der Erneuerbaren darstellt. Oder andersherum formuliert: Die Festlegung auf einen maximalen Ökostromanteil von 45 Prozent bis 2020 bedeutet zugleich einen garantierten Anteil von 55 Prozent an der Stromerzeugung für konventionelle

²² http://de.wikipedia.org/wiki/Erneuerbare-Energien-Gesetz#Direkte_Kosten_der_EEG-Umlage_.28Differenzkosten.29, 28. April 2014 um 15:04 Uhr

²³ <http://de.wikipedia.org/wiki/Merit-Order#Auswirkungen>, 4. Februar 2014 um 11:09 Eigene Hervorhebungen

²⁴ Charles Butcher in "Europe Faces Capacity and Cost Challenges in 2014" 01/01/2014: <http://www.powermag.com/europe-faces-capacity-and-cost-challenges-in-2014/?printmode=1> Eigene Übersetzung und Rückübersetzung

Kraftwerke.

Dass dies offenbar der eigentliche Grund für die Festlegung eines Ausbaukorridors ist, findet sich sogar im Koalitionsvertrag selbst, allerdings erst ein paar Seiten später.

Auszug aus: Koalitionsvertrag zum Energiemix

'Ein Entwicklungspfad für den konventionellen Kraftwerkspark lässt sich nicht ohne eine klare Kenntnis des Ausbaus der Erneuerbaren Energien beschreiben.' (Seite 56)



Auszug aus Koalitionsvertrag zu fossilen Energieträgern

'Die konventionellen Kraftwerke (Braunkohle, Steinkohle, Gas) als Teil des nationalen Energiemixes sind auf absehbare Zeit unverzichtbar.' (Seite 56)

Dafür finden sich in dem Vertragstext gleich mehrere Belege. So widmen sich die Koalitionäre zum Beispiel in einem ganzen Kapitel der 'Neue(n) Rolle für konventionelle Kraftwerke' und leiten dies auch noch mit einem klaren Bekenntnis für Kohle und Gas ein (siehe Infobox).

Während Erneuerbare in ihrem Ausbautempo gedrosselt werden, bekommen die konventionellen Kraftwerke 'auf absehbare Zeit' einen Platz im deutschen Energiemix garantiert. Diese Richtung zeigt sich in vielen kleinen, umständlich verklausulierten Nadelstiche gegen die Erneuerbaren.

So sollen zum Beispiel alle Betreiber von neuen Ökostromanlagen spätestens ab 2017 verpflichtet werden, ihren Strom 'auf der Basis der gleitenden Marktprämie' direkt zu vermarkten. Das wäre de facto ein Ausstieg aus dem bisherigen Modell fester Einspeisevergütungen und ein schwerer Schlag gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz.

Darüber hinaus erwägt die Koalition, Ökostromproduzenten dazu zu zwingen, die Lieferung einer gewissen Strommenge immer zu garantieren, was nur über den Bau teurer Speicher oder den Kauf von 'schmutzigem' Strom bei den etablierten Energiekonzernen ging. Und schließlich sollen sogenannte Kapazitätsmärkte den Betreibern von Kohle-, Gas- und Atomkraftwerken finanzielle Zuschüsse für den Unterhalt ihrer Kraftwerke gewähren, auch wenn diese keinen Strom liefern.

All diese Regelungen trafen die Erneuerbaren und wären zum Vorteil der 'alten Energiewirtschaft', allen voran E.ON, RWE und Vattenfall.“²⁵

2.1.1. Monopole gegen kleines Kapital

Offshore benötigt Großkapital

Am grundsätzlichen Ziel seit der Ölpreiskrise, die Energie aus verlässlichen Quellen zu beziehen wird grundsätzlich weiter festgehalten. Aber die Verfolgung dieses Zieles geschieht im Rahmen eines monopolkapitalistischen Systems. In ihm drücken die stärksten „Marktteilnehmer“ auf vielfältige Weise der Gesellschaft ihren Entwicklungsweg auf. In der Energiewende sind es die Großtechnologien, die, wie schon seinerzeit Großkraftwerke oder die Kernenergie, vom Monopolkapital betrieben werden. Hier handelt es sich um die Energiegewinnung aus Windkraft, die, wenn sie auf See („Offshore“) betrieben wird, gleich in zweifacher Hinsicht die größten (im Vergleich zu „Onshore“) Kapitalmengen erforderlich macht: für eine schier beliebige Anzahl größter Windräder und der deswegen erforderlich werdenden neuen Netze höchster Übertragungsleistungen. Unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus gibt es einen Garanten für die Sicherheit, das das investierte Kapital auch mit Zins und Zinseszins wieder zurück fließt: den Endverbraucher, wenn er denn zu den zahlreichen Kleinverbrauchern gehört. Unter Verzicht auf Lebensstandard ist er womöglich auch weiterhin bereit, für die Rechnung der oberen Zehntausend gerade zu stehen.

Obwohl das Ziel die Erschließung einer preiswerten und sicheren Energiequelle war, bestand aus Sicht der Monopole jedoch kein Grund zur Eile. Das bestehende monopolkapitalistische System hatte es ihnen bis dato erlaubt, reichlichst Überkapazitäten aufzubauen.

Mit ihnen gilt es zunächst auch reichlichen Profit einzufahren. Für Unvorhergesehenes, für alle Fälle, für die Zukunft betrieb man dennoch in einer Art "Sandkasten", in der, natürlich auf Kosten des Verbrauchers, die Entwicklung der neuen Technologien der Energiewende und der Gewinnung Erneuerbarer Energien betrieben wurden.

Das diesbezüglich erlassene EEG besaß schon von vorneherein Stellschrauben, mit denen die Entwicklung – im Interesse der Monopole – gesteuert werden konnte und heute auch gesteuert wird.

²⁵ <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/energiewende-koalitionsvertrag100.html>



In einem komplexen Kontrollsystem werden mehr oder weniger verdeckte Monopol-Vorgaben von den durchaus wechselnden Mitgliedern der "politischen Klasse" sozusagen offen, ja sogar "ergebnisoffen" öffentlich bekannt gegeben und der Öffentlichkeit als schicksalhafter alternativloser Glücksfall dargestellt.

Die Entwicklung der landgestützten alternativen Energiegewinnung war gewollt. Die rasante Geschwindigkeit ihrer Entwicklung jedoch wird zur Zeit gedrosselt. Die Übertragungsnetzbetreiber haben heute kein Interesse an neuen großen Fernleitungen, weil sich mit den – wohl weitestgehend – abgeschriebenen Altanlagen um so besser Profit erzielen lässt. Die großen Vier haben kein Interesse an neuen großen Anlagen zur Energiegewinnung, weil sich mit den abgeschriebenen Altanlagen um so besser Profit erzielen lässt. Die Monopole sind die größten Nutznießer des Subventionsdschungels. Gleichwohl achten sie darauf, dass nicht nennenswerte Beträge an irgendwelche "ineffiziente Marktteilnehmer" abfließen, sondern das alles, natürlich europagerecht in ihrem Europa der Monopole, sich letztlich nur in ihren Kassen sammelt. Dabei ging es noch um entgangene Subventionen. Richtig falsch läuft es jedoch, wenn ihre Profitrate – ihre "Gewinnmarge" – unter Druck gerät.



2.1.2. Modifikation der Energiewende

Um diese Ziele zu erreichen, wird die Energiewende abhängig gemacht von

- der Durchsetzung der Monopolinteressen in ganz Europa ("first step toward pan-European policy ... set up joint market mechanisms and expansion targets for renewables") und
- dem Ausbau der Übertragungsleitungen, (wobei die Übertragungsnetzbetreiber hierfür keinen Anlass haben).

Der staatlich modifizierte Markt ist dafür, wie könnte es anders sein, das Steuerinstrument Nummer Eins. An den Zielen der Energiewende wird festgehalten, da sie auch die langfristigen Ziele des Monopolkapitals sind. Der Fluß der Subventionen wird modifiziert, um die Option auf großkapitalistischen Ausbau der Gewinnung Regenerativer Energien zu erhalten. Dazu wieder der Generalblick des „POWER Mag“ aus den USA:

"Nach den Wahlen im September 2013 hat Deutschlands neue Regierung das Ziel bestätigt, bis 2035 55% bis 60% des Stromes aus Erneuerbaren zu beziehen und bis Ostern 2014 das Erneuerbare-Energien-Gesetz, EEG zu reformieren. Die Ziele des EEG bezüglich der Marktdurchdringung der Erneuerbaren bleiben im Großen und Ganzen unverändert, aber **die hohen Unterstützungskosten der Erneuerbaren sollen heruntergedrückt werden. Die Reorganisation der Fördermittel "wird das zentrale Projekt der 'grand Merkel coalition' "**, und Entscheidungen werden "'berechenbarer und nachhaltig bezahlbar'" ²⁶

²⁶ Peter Altmaier (Eigene Rückübersetzung) zitiert in: Charles Butcher in "Europe Faces Capacity and Cost Challenges in 2014" 01/01/2014
<http://www.powermag.com/europe-faces-capacity-and-cost-challenges-in-2014/?printmode=1> Eigene Übersetzung und Hervorhebungen.

Im Koalitionsvertrag wird der Wind auf See als der die Geschwindigkeit bestimmende Vorgang festgelegt: "Orientiert an den realistischen Ausbaumöglichkeiten legen wir den Ausbaupfad 2020 auf 6,5 GW fest. [von vorher 10 GW] **Um anstehende Investitionen mit langen Vorlaufzeiten bei Offshore-Wind nicht zu gefährden, werden die dafür kurzfristig notwendigen Maßnahmen getroffen.** Zur Sicherstellung erfolgt eine Verlängerung des Stauchungsmodells bis zum 31. Dezember 2019. Hierzu ist zeitnah ein Kabinettsbeschluss vorgesehen. Für den weiteren Ausbaupfad bis 2030 gehen wir von durchschnittlich zwei Windparks pro Jahr mit einer Leistung von je ca. 400 MW aus, um einen Ausbau von 15 GW bis 2030 zu erreichen."²⁷ Mit zukünftig zweimal 400 MW/Jahr auf See (in den 15 Jahren bis 2030) werden gerade mal 15 GW, die Hälfte dessen **geplant**, was in den 15 Jahren bis 2012 mit 31 GW auf Land in der bislang stürmischen Entwicklung der Energiewende **tatsächlich** erreicht wurde! Die Überkapazitäten und der "Bestandsschutz" lassen grüßen.

"Die **Förderung der Windenergie an Land wird reduziert**, deren installierte Kapazität 2012 mit 2,4 GW wuchs, um zum Jahresende 31 GW zu erreichen. Die **Förderung der Windenergie auf See wird unverändert beibehalten**, obgleich die Kapazitätsziele auf 6,5 GW in 2020 und 15 GW in 2030, von vorher 10 GW bzw. 25 GW **wegen technischer Risiken und Kapitalmangel vermindert** wurden. Die Windenergiegewinnung auf See, obwohl sie die Hauptstütze des zukünftigen Wachstums bilden sollte, hat bis dato [Ende 2013] noch keine 400 MW [0,4 GW] installierte Kapazität erreicht."²⁸

3.1. Ausblick: weltweit

3.1.1. Die Bedeutung der Energiebasis – Weltweiter Vormarsch der Erneuerbaren

"Im Jahr 2011 überstiegen die globalen Investitionen in neue Kraftwerke zur Erzeugung erneuerbarer Energie erstmals die Investitionen in fossile Energieerzeugung. 2012 gingen die Investitionen in erneuerbare Energien zwar um 12 % zurück, erreichten aber mit 244 Mrd. USD immer noch das zweithöchste Niveau aller Zeiten."²⁹

²⁷ <http://www.zeit.de/wirtschaft/2013-11/koalitionsvertrag-energiewende>

²⁸ Charles Butcher in "Europe Faces Capacity and Cost Challenges in 2014" 01/01/2014
<http://www.powermag.com/europe-faces-capacity-and-cost-challenges-in-2014/?printmode=1> Eigene Übersetzung und Hervorhebungen

²⁹ Leo Mayer, *ISW Report Nr. 94* Sep. 2013

Industrie der aufgehenden Sonne

Grüne Supermacht Bis 2020 will China erneuerbare Energien erobern und Europa auch hier überholen

Jonathan Watts
The Guardian

Die Welt hat sich daran gewöhnt, China als Umweltsünder zu brandmarken. Jedenfalls schien das während der vergangenen Jahre so. Doch schon in den kommenden Monaten könnte die Volksrepublik als erste grüne Supermacht von sich Reden machen.

Der Staatsrat, Chinas Kabinett, will in Kürze Details eines gigantischen Programms für „Neue Energien“ bekannt geben, das aus dem größten Verursacher von Treibhausgasen innerhalb kürzester Zeit eine globale Führungsmacht für erneuerbare Energien und kohlendioxidarme Technologien machen könnte. Dabei werden wir weder Zeugen eines kurzatmigen Aktionismus noch wohlfeiler Lippenbekenntnisse, die ein Staat abgibt, der bei den Verhandlungen über den Klimawandel besser dastehen möchte. Es geht um ernstzunehmende, langfristige Investitionen, die darauf abzielen, China auf Jahrzehnte hinaus mit einer kohlenstoffarmen Ökonomie auszustatten.

1,4 bis 4,5 Trillionen Yuan

Wieviel Geld genau in die Konversion gesteckt werden soll, steht noch nicht endgültig fest.



Saubere Energie aus dem Hochland der Hubei-Provinz

Ausgaben tatsächlich in die Nähe jener 4,5 Trillionen kämen, würde das Reich der Mitte zwischen 2010 und 2020 pro Jahr Geld im Wert seines Militärbudgets von 2009 in „neue Energien“ stecken.

Und selbst die kleinere Zahl von 1,4 Trillionen Yuan würde bedeuten, dass die Volksrepublik, die derzeit lediglich sechs Prozent zum Weltwirtschaftsprodukt beisteuert, sehr viel mehr in neue Energien investieren könnte, als die gesamte übrige Welt im vergangenen Jahr in neue Metho-

den demnächst in Betrieb genommen. Mit dem angekündigten Programm wird die Regierung sich logischerweise auch der Erschließung eines nationalen Marktes für diese „Industrie der aufgehenden Sonne“ widmen. Die Geschwindigkeit, mit der China voranschreiten kann, zeigt sich besonders bei der Windenergie: Schon seit geraumer Zeit verdoppelt sich die Zahl der installierten Anlagen Jahr für Jahr.

Nach den Worten von Changua Wu, dem Direktor des chinesischen Parls der Klima-

Sollte wirklich ein Großteil der staatlichen Investitionen Chinas in erneuerbaren und effizienten Energien fließt, werde das so gewonnene Potential gewaltig sein, glaub Julian Wong, Energie-Experte am Center for American Progress in Washington D.C. „Wenn sich erfüllt, was uns in Peking prophezeit wird, könnte China zum weltweit unangefochtenen Protagonisten bei der Produktion sauberer Energie avancieren. Das Land dürfte ernsthafte Chancen haben sich von seiner Kohleabhängigkeit zu

Auch global scheinen die erneuerbaren Energien auf den Vormarsch, wie die Bundesregierung Mitte Juni unter Verweis auf den "Globalen Statusberichts zu erneuerbaren Energien 2012" meldete. Demnach wurden in 2011 rund 257 Milliarden US-Dollar in den Ausbau von Wind-, Sonnen-, Biomasse- und Wasserkraftwerken investiert, was einer Steigerung des Investitionsvolumens in diesen "nachhaltigen" Energiesektor von rekordverdächtigen 17 Prozent entspreche. Weltweit würden nun 20,3 Prozent des Stromverbrauchs durch regenerative Energiequellen gedeckt.

3.1.2. Desertec

„Zu den Hauptinitiatoren dieses Großprojektes zählte der größte und weltweit operierende Versicherungskonzern ‚Münchener Rück‘ (Munich Re). Waren es zu Beginn 20 Großunternehmen, so sind mittlerweile 50 Firmen aus Europa und Nordafrika beteiligt. Aus Deutschland sind unter anderem die Deutsche Bank, E.ON, RWE, Schott Solar und Siemens dabei. René Umlauf, Vorstandsvorsitzender von ‚Siemens Renewable‘, im Siemens-Konzern zuständig für das Geschäft mit erneuerbaren Energien wie Windkraft- und Solaranlagen, strahlte damals puren Optimismus aus: ‚Wir wissen längst, dass es funktioniert‘, sagt er. ‚Technisch ist alles machbar.‘ Und weiter hieß es bei Siemens: ‚Desertec ist aus unserer Sicht ein visionäres und sehr spannendes Projekt. Eine **Fläche von 300 mal 300 Kilometern mit Parabolspiegeln in der Sahara** würde ausreichen, um den **gesamten Energiebedarf der Erde** zu decken.‘³⁰

3.1.3. Bio-Sprit

Der Blick aus den USA zeigt die Übereinstimmung deutscher und europäischer Energiepolitik und Ziele. Darüber hinaus werden diese Ziele offen benannt, ohne auf politische Meinungsbildungen Rücksicht nehmen zu müssen.

³⁰ www.faz.net vom 16.06.09 zitiert in: *Wüsten-Strom-Projekt Desertec Nordafrikanische ‚Revolutionen‘ als ‚Türöffner‘* Unsere Zeit 29.04. 2011 Eigene Hervorhebungen

Die Nutzbarmachung der Sonnenenergie und Herstellung der Bio-Treibstoffe sind von Anfang an gleichberechtigte Zielstellungen gewesen.

Wie "die Richtlinien der Politik" bestimmt sowie die Monopolinteressen eines ganzen Kontinents unter weitestgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit zusammen gefasst werden, macht der schon oben angesprochene SET-Plan deutlich.³¹

3.2. Ausblick: Grenze des Kapitals – im Kapital selbst

Die Subventionen als Spiegelbild der Machtverhältnisse

Umweltschädliche Subventionen in Deutschland

Rot markierte Subventionen waren noch nicht im letzten Subventionsbericht enthalten - Summen in Mio. Euro

	2008	2010
Energiebereitstellung und -nutzung	17719	21649
Strom- und Energiesteuer-Ermäßigungen für das Produzierende Gewerbe und Die Land- und Forstwirtschaft	2415	2518
Spitzenausgleich bei der Ökosteur für das Produzierende Gewerbe	1962	1939
Steuerentlastung für bestimmte energieintensive Prozesse und Verfahren	886	983
Steinkohlesubventionen	2454	1917
Begünstigungen für die Braunkohlewirtschaft	min. 195	min. 279
Energiesteuervergünstigungen für Kohle	154	190
Herstellerprivileg für die Produzenten von Energieerzeugnissen	270	300
Energiesteuerbefreiung für die nicht-energetische Verwendung Fossiler Energieträger	min. 1600	min. 1580
Kostenfreie Zuteilung der CO ₂ -Emissionsberechtigungen	7783	6098
Besondere Ausgleichsregelung des EEG für stromintensive Unternehmen Und Schienenbahnen	-	1455
Eigenstromprivileg des EEG (Industrie)	-	754
Begünstigungen der energieintensiven Industrie bei den Stromnetzentgelten	-	33
Privilegierung von Sondervertragskunden bei der Konzessionsabgabe für Strom	-	3.5
Ermäßigte Sätze für Gewerbe und energieintensive Industrie bei der KWK-Umlage	-	103
Verkehr	23070	23518
Bau- und Wohnungswesen	7208	5877
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	270	530
Summe	48267	51574

Quelle: Umweltbundesamt 2013

© ZEIT ONLINE

Die

Zahlen sprechen Bände: Hier interessiert zunächst nur mal der Größenvergleich der "konventionellen" im Vergleich zur "erneuerbaren" Subvention. Im Jahre 2010 wären demnach 2. 348,5 Mio. € Subventionen³² vornehmlich an die "großen", die stromintensiven Unternehmen geflossen. Um diesen Betrag hätte die EEG-Steuer-Bürde für die „kleinen“ Endverbraucher gekürzt werden können. Oder anders ausgedrückt: 2,3 Mrd. € zur Schaffung einer sauberen Umwelt werden in 2,3 Mrd. € Extraprofit verwandelt!

In diesem Zusammenhang ist nochmals ein Zitat aus der Sendung „Die Neuen deckeln, die Alten hofieren“ von Jürgen Döschner, WDR-Wirtschaftsredaktion im WDR vom 02.12.13 um 09:47 äußerst erhellend:

³¹ http://en.wikipedia.org/wiki/Energy_policy_of_the_European_Union#SET_Plan, 8 April 2014 at 15:00
http://en.wikipedia.org/wiki/European_Biofuels_Technology_Platform, 27 July 2010 at 17:49

³² <http://www.zeit.de/wirtschaft/2013-10/umweltbundesamt-subventionen>, 17. Oktober 2013 16:42 Uhr

„Ende der Bürgerenergie? Nur mit viel Mühe wird also klar, in welche Richtung die Große Koalition energiepolitisch marschieren will: Der dynamische, vor allem von Bürgern, Landwirten und Genossenschaften getragene Ausbau der Erneuerbaren soll gebremst und kanalisiert werden. Allerdings nicht, um – wie vorgegeben – die Kosten der Energiewende zu stabilisieren oder gar zu senken, sondern um die ‚alte Energiewirtschaft‘, die erklärtermaßen um ihr Geschäftsmodell bangt, zu unterstützen.“

Und die Tagesschau meldete: „Industrie lässt die Muskeln spielen – Ablauf und Ergebnis der Koalitionsverhandlungen haben gezeigt, dass der Streit über die künftige Energie- und Klimapolitik auch in Deutschland längst noch nicht entschieden ist. Zu viel Geld und zu viele mächtige Interessen sind im Spiel, als dass dieser Streit nur nach dem Gewicht der Argumente und wissenschaftlichen Erkenntnisse entschieden würde.“³³

3.3. Ausblick: Unsere Möglichkeiten

Die Zusammenhänge klar darstellen!

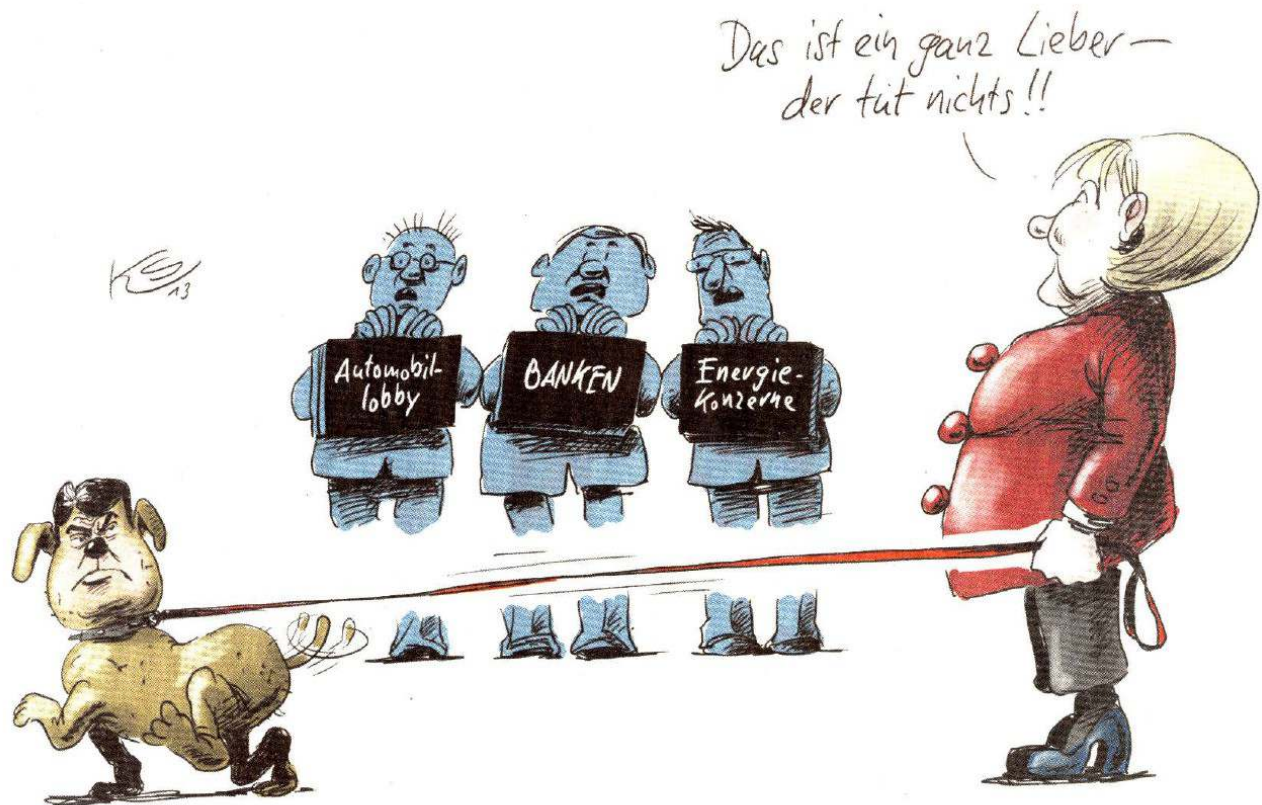
Energiewende: Ein Kind Monopolis

Die Energiewende, die sie "eine Hauptstütze unserer Einnahmen" nennen, wird weiterverfolgt, koste es was es wolle. Sie ist ein "strategisches" Manöver im Großen Krieg der Monopole und imperialistischen Machtzentren untereinander. Sie verheißt ihnen Vorteile in der energetischen Basis ihres "Wachstums". Der "Energiewende" – Prozess wird mittels der Bürokratie Monopol-Europas, gemäß "Führung der Wirtschaft" mit Modifikationen, aber in der Profitorientierung wie schon seit langem angelegt bzw. gefordert, weiter betrieben.

Capital Expenditure (Investieren): Im profitablen Umfeld so spät wie möglich

Der Koalitionsvertrag respektive das Erneuerbare-Energien-Gesetz dient dem "Strommarktdesign" eines profitablen Deutschlands und Europa. Die Überkapazitäten, die durch "freies Spiel der Marktkräfte" zustande kamen, werden jetzt unverhohlen "dirigistisch" "abgeregelt", um die Profitraten der Monopole und ihr "gewachsenes" Kräftegleichgewicht auf gewohntem Niveau zu erhalten und für den europäischen (bzw. Welt-) Markt aufzurüsten. Dies geschieht nicht nur zu Lasten von Teilen der mittleren Bourgeoisie, sondern vor allem auch der Arbeiter und der Konsumenten und schließlich der gesamten Gesellschaft. Sie wird um eine frühestmögliche Verfügbarkeit einer umweltfreundlichen und preiswerten Energiequelle betrogen und auf Zeiten vertröstet, in denen diese "Leistungsträger" und "Investoren" endlich den Eindruck gewinnen, ihre gigantischen Kapitalanlagen in Offshore Windanlagen etc. seien "berechenbarer und nachhaltig bezahlbar" – nachdem – ihre Kohle-, Gas- und Atom-Altlasten und -anlagen endlich auch technisch das Zeitliche gesegnet haben.

³³ <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/energiewende-koalitionsvertrag100.html> Stand: 30.11.2013 01:32 Uhr



Nach dem Ende der Koalitionsgespräche ...

Das Kapital findet seine Grenze im Kapital selber

Auf dieser grundsätzlichen Ebene spielen "Klimaschutz", "Energieeinsparung" u. Ä. noch keine Rolle. Sie geraten erst in ihr Blickfeld, wenn sie als profitabel in Erscheinung treten oder es gestatten, dem Konkurrenten zusätzliche Lasten aufzuerlegen. Ein bewusst nur auf den Markt ausgerichtetes System kann nur Leistungen erbringen, die profitabel sind. Darüber hinausgehende Forderungen in Klimaschutz und Energieeinsparung sind nicht möglich, außer die Arbeiter und Konsumenten sind bereit, dafür Extraabgaben abzudrücken oder aber, sie sich zu erkämpfen.

Widerstand ist schon in der Planungsphase berücksichtigt

Subventionsabbau geschieht bei "privaten Haushalten und weiten Teilen der Wirtschaft, insbesondere auch mittelständischen Unternehmen" denen deshalb in "einer breiten Bürgerbeteiligung" klar gemacht werden muss, dass die Subventionen für die Monopole weiterfließen müssen. Die Erwartung eines "beträchtlichen Bürgerprotests" heißt, schon in der "design"-Phase wissen sie, nicht nur dass sie gegen unsere Interessen verstoßen – als wenn sie unsere zukünftigen Gedanken lesen könnten – sondern sich auch schon ideologisch darauf vorbereiten, um alles zu gegebener Zeit in den Mühlen ihrer Medien aufzumahlen.

Widerstand entwickeln

"Ulrich Schneider der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, bringt die Misère auf den Punkt: 'Strom- und Heizkosten sind ein echtes Armutsrisiko geworden.' Schneider schätzt die Unterfinanzierung bei den Stromkosten von Hartz-IV-Beziehern auf jährlich 90 € bis 280 €, je nach Haushalt. Die Strompreise haben sich seit 2005 im Bundesdurchschnitt um 44 % erhöht. Daher haben heute schon Millionen Haushalte größte Mühe ihre Stromrechnungen zu

bezahlen. Dies gilt besonders für prekär Beschäftigte und Hartz IV-Empfänger ... " ³⁴

75 Prozent geben nach einer Umfrage des Allensbach-Instituts ³⁵ an, dass die Strompreise für sie in den vergangenen sechs Monaten gestiegen seien; besonders von den Kosten betroffen waren demnach Bevölkerungskreise mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unterhalb von € 1.750.

Die Bundesregierung hat am 23. Januar 2014 nur ein unverbindliches Eckpunkte-Papier beschlossen. Ein konkreter Gesetzentwurf steht für den 9. April an, die erste Beratung im Bundesrat ist am 23. Mai und im Juni debattiert der Bundestag. Alles Gelegenheiten Änderungen durchzusetzen. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Bundesländer, die an der Reform beteiligt werden. Am 22. März 2014 gingen wir daher mit tausenden Menschen in etlichen Landeshauptstädten auf die Straßen, damit die Energiewende nicht abgesägt wird. Demonstrationen fanden in Düsseldorf, Hannover, Kiel und Potsdam, zudem in Mainz, Stuttgart und Wiesbaden statt.

In der Atom- und Energiepolitik haben Bürger/innen-Bewegungen schon seit Jahrzehnten immer wieder Politik verändert: Vom verhinderten AKW in Wyhl über die gestoppte Wiederaufbereitung-sanlage in Wackersdorf bis hin zum Atomausstieg nach Fukushima. Wenn es dieses Mal wieder gelingt, Generationen von Aktivist/innen zu mobilisieren, werden wir erneut erfolgreich Einfluss nehmen.

Unsere Forderungen sind:

- sofortige und endgültige Abschaltung aller Atomkraftwerke
- Finanzierung der Energiewende durch Abschöpfen der Gewinne der großen Energiekonzerne
- Rekommunalisierung der Energiewirtschaft. In den nächsten Jahren laufen Konzessionen für viele Energienetze aus und könnten von Städten und Gemeinden zurück in kommunale Trägerschaft geholt werden
- eine Preisgestaltung für Energie, die vor allem Großverbraucher stärker belastet und Geringverdiener entlastet
- der öffentliche Verkehr muss weiter ausgebaut werden, die Privatisierung der Deutschen Bahn verhindert werden ³⁶

Ziel muss die Überführung der großen Energiekonzerne in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle sein.

³⁴ Zitiert von Wilhelm Dörner in *Unsere Zeit* 17.01.2014

³⁵ FAZ vom 20. Juni 2012

³⁶ Städte müssen ihren ökologischen Fußabdruck in den nächsten Jahren deutlich reduzieren, sei es aufgrund europäischer Gesetzgebung zur Luftreinhaltung, oder durch unsere internationalen Verpflichtungen zur CO₂-Reduktion. Der städtische Verkehr spielt bei den Emissionen in der Stadt eine große Rolle. Daher müssen die Städte ihr Verkehrssystem für die Herausforderungen der Zukunft rüsten und dabei neben dem Rad- und Fußverkehr insbesondere den öffentlichen Nahverkehr fördern. Aber auch für den Stadtbewohner ist der öffentliche Verkehr in Zukunft immer wichtiger, denn durch steigende Weltmarktpreise für Öl öffnet sich die Preisschere zwischen Pkw-Nutzung und ÖPNV immer weiter. Gleichzeitig nehmen die Menschen gute Angebote im öffentlichen Nahverkehr auch sehr gerne an.